

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 198. Ratssitzung vom 11. April 2018**

**3946. 2018/57**

**Postulat der SP-Fraktion vom 07.02.2018:**

**Vergünstigung des Zone-110-Jahresabos des ZVV für Stadtzürcher Jugendliche bis 16 Jahre**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Florian Utz (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3763/2018): Die Lebensqualität in Zürich ist weltweit eine der höchsten und Zürich ist auch finanziell erfolgreich. Alleine in den letzten beiden Jahren hatten wir einen Überschuss von fast einer Milliarde Franken. Vom Erfolg der Stadt profitieren aber nicht alle Menschen gleich stark. Viele Familien müssen sich den Lohn bis Ende des Monats sehr genau einteilen. Die Mieten in der Stadt werden immer teurer und die Krankenkassenprämie steigt. Der SP ist es deshalb ein Anliegen, dass die breite Bevölkerung entlastet wird. Wir möchten, dass die ZVV-Jahresabos für Jugendliche auf 200 Franken gesenkt werden. Es ist uns bewusst, dass die Tarife vom ZVV festgelegt werden und nicht von der Stadt, aber es ist der Stadt möglich in VBZ-Ticketarias die Jahres-Abos vergünstigt abzugeben. Die Differenz muss dabei natürlich die Stadt zahlen. Wir fordern hier konkret einen Rabatt von 370 Franken auf die Abos für Jugendliche. Für viele Menschen ist das ein hoher Betrag. Unser Anliegen beinhaltet auch einen verkehrspolitischen Aspekt. Wenn vermehrt Jugendliche an den ÖV gewöhnt werden, ist die Chance gross, dass sie auch im Erwachsenenalter den ÖV nutzen werden, auch deshalb finden wir es einen sinnvollen Vorschlag. Es ist uns bewusst, dass eine Gebührensenkung nicht gratis ist. Die Kosten werden sich aber im unteren bis mittleren Millionenbereich befinden. Sie sind natürlich abhängig davon, wie viele Personen das Angebot nutzen, aber ich schätze die Kosten auf ungefähr 3 Millionen Franken. Uns ist der Betrag von 3 Millionen Franken für die Entlastung von Familien auch aus dem Mittelstand und ärmeren Verhältnissen wert und in Anbetracht der letzten Rechnungsergebnisse können wir uns diese Gebührensenkung auch leisten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

***STR Andres Türler:** Die Tarifkompetenz liegt beim Kanton und wir sind zu 100 Prozent vom Kanton aufwandfinanziert. Es sind also keine weiteren Beträge vorhanden, um Ihr Vorhaben zu finanzieren. Wenn wir die Abos vergünstigen möchten, muss das die Stadt zahlen. Der Umgang mit öffentlichem Geld muss aber vorsichtig geschehen. In diesem Saal haben nur noch Joe Manser (SP) und ich die Sparpakete 1 bis 9 miterlebt. Ich möchte Ihnen ersparen, dass Ihre Nachfolger und Nachfolgerinnen zurückrudern müssen, wenn es der Stadt nicht mehr so gut geht. Den verkehrspolitischen Aspekt sehe ich überhaupt nicht, da schon heute die meisten Jugendlichen den ÖV nutzen. Für*

*Einwohnerinnen und Einwohner mit sehr geringen finanziellen Mitteln gibt es bereits die Ergänzungsleistungen. Es ist nicht gerecht, einfach flächendeckend Jugendlichen, nur weil sie noch jung sind, günstigere Tickets zu geben. Ich bitte Sie, im Sinne der städtischen Finanzen, die sich zugegebenermassen im Moment im Lot befinden, das Postulat nicht zu überweisen. Denken Sie auch an Ihre Nachfolger, die finanzielle Lage wird sich nämlich wieder verändern und Ihre Nachfolger sind dann froh, wenn Sie dieses Postulat nicht überwiesen haben.*

Weitere Wortmeldungen:

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne)** stellt folgenden Textänderungsantrag: *Wir Grünen finden das Anliegen sehr gut, auch wenn wir wissen, dass die Stadt zahlungspflichtig wäre. Wir wissen leider aber auch, dass Kinder in der Schweiz das allergrösste Armutsrisiko sind. Wir sind der Meinung, dass man etwas dagegen unternehmen muss. Gerade in der Stadt Zürich, wo laut Caritas ein Drittel der Bevölkerung an der Armutsgrenze lebt, sind Familien stark betroffen und haben kleine Budgets. Ein Abo kann man sich dann vielleicht nicht mehr leisten, gerade wenn man mehr als ein Kind hat. Für die Kinder ist ein solches Abo sehr wichtig, um Aktivitäten ausserhalb der Nachbarschaft zu machen. Es fördert zudem die Selbstständigkeit der Kinder und verringert die Autofahrten der Eltern, wenn denn diese ein Auto besitzen. Das Velo, das wir eigentlich eine gute Alternative finden, schätzen einige Eltern in einem gewissen Alter der Kinder als zu gefährlich für die Kinder. Weil wir das Anliegen so gut finden, wollen wir den Preis auf 50 Franken pro Abo senken, da auch 200 Franken für viele Familien noch ein sehr hoher Betrag ist. Wir haben diesen Abänderungsantrag vorgelegt. Wir hoffen, dass wir die Änderung so durchbringen und dass die Abos für Kinder noch günstiger werden können.*

**Derek Richter (SVP):** *Auf die von Florian Utz (SP) vorgestellte Blackbox steigt die SVP nicht ein. Es ist heute so, dass das 1-2 Zonenabo 782 Franken kostet. Für Jugendliche bis 25 Jahre kostet es 570 Franken. Es ist also bereits reduziert. Eine einseitige Reduzierung nur für die Stadt Zürich würde zu Ungerechtigkeiten und neuen Begehren führen. Ausserdem ist ein wenig Bewegung für die Jugend gut. Wir haben im öffentlichen Verkehr einen Eigendeckungsgrad von 50 bis 60 Prozent. Mit solchen Massnahmen sinkt dieser Wert. Aus diesem Grund lehnt die SVP das Anliegen ab. Mir ist die Begründung, dass die Stadt Zürich finanziell gut dastehe, schleierhaft. Die Hypotheken werden weiterhin steigen. Florian Utz (SP) meinte in der Budgetdebatte, dass sich Leistung lohnen müsse. Wie kann er dann zuerst den Menschen das Geld wegnehmen, um es ihnen dann in kleinen Portionen wieder zurückzugeben? Er sagt zu Recht, der Mittelstand müsse entlastet werden. Über 600 000 Menschen müssen mit weniger als 2247 Franken im Monat auskommen. Das liegt aber unter anderem an Ihrer Realitätsverweigerung. Sie schreiben auch, dass es eine Wohnungsnot gibt – die Masseneinwanderungsinitiative sind Sie aber nicht bereit umzusetzen. Und die vorhin erwähnte Krankenkassenprämie verdanken Sie Ihrer Bundesrätin Ruth Dreyfuss. Im ÖV gibt es durchaus Sparpotential, das zeigt sich beispielsweise beim Tramdepot Oerlikon. In riesigen Lettern steht dort: «Du musst jetzt nach hause gehen». Zürich ist aber nicht mehr mein Zuhause und ich muss auch nichts tun.*

**Mario Mariani (CVP):** Ich gebe zu, auch wir finden das Postulat sympathisch, es verbilligt ja jeder gerne. Als Familienvater fände ich es auch schön, für 200 Franken im Jahr ins Tram einzusteigen. Wir können aber genauso gut am Rathaus 100er-Noten verteilen. Es sollen nur die Personen, die es wirklich nötig haben, eine Verbilligung erhalten. Ich glaube mit den Ergänzungsleistungen und den sonstigen Beiträgen werden die Familien unterstützt, die es wirklich nötig haben. Die CVP steht immer für das Subsidiaritäts- und Solidaritätsprinzip ein und wird diesem Vorstoss deshalb nicht zustimmen. Ich finde auch nicht, dass es nur den Stadtzürchern zukommen soll. Es soll denen Personen helfen, die es wirklich brauchen und das sind nicht alle Zürcher und Zürcherinnen.

**Guido Hüni (GLP):** Die GLP stört sich grundsätzlich nicht an der Unterstützung von Bedürftigen. Der störende Punkt in diesem Postulat ist aber das Giesskannenprinzip. Ich habe selber drei jugendliche Kinder und nehme auch gerne jede Vergünstigung an. Ich finde es aber unfair, wenn auch ein SUV-Fahrer, der es überhaupt nicht nötig hat, eine Begünstigung bekommt. Ausserdem gibt es bei der SBB eine Junior-Karte und eine Begleitkarte für 30 Franken, mit der ein Erwachsener mit einem Kind in der ganzen Schweiz reisen kann. Im Alter von 10 oder 11 Jahren ist der Bewegungsradius noch sehr beschränkt und die Distanzen gut mit dem Velo oder zu Fuss machbar. Im Alter von 14 bis 16 Jahren sind die Kinder schon selbstständiger und bekommen ihren Taschengeld-Lohn. Von diesem Geld müssen sie alle Ausgaben zahlen und lernen dabei, wie man sich Geld einteilen muss. Zürich ist die reichste Stadt, aber das Giesskannenprinzip ist nicht die richtige Lösung, um bedürftige Menschen zu unterstützen.

**Walter Angst (AL):** Es ist verteilungspolitisch ein untauglicher Versuch, den öffentlichen Verkehr zu fördern. Genauso ist es ein untauglicher Versuch, die Kinderarmut zu bekämpfen. Wir müssen über Programme, die verteilungspolitisch wirklich etwas bewirken, nachdenken. Das muss aber gezielt, überlegt und mit einem Konzept geschehen.

**Stephan Iten (SVP):** Ich sehe von meiner Terrasse aus auf die Busstation Himmerli. Mittags steigen dort gefühlt 100 Kinder aus dem Bus. Ich bin in meiner Kindheit noch jeden morgen 15 bis 20 Minuten in die Schule gelaufen. Wer wirklich einen langen Weg hatte, durfte mit einer Sonderbewilligung mit dem Velo in die Schule fahren. Wenn heute so viele Kinder Bus fahren, frage ich mich schon, ob die Billetts wirklich so teuer sein können. Letzte Woche sagte Markus Knauss (Grüne), Zürich sei eine Velostadt – da könnte man den Kindern doch Velos verschenken. Das wäre gut für die Gesundheit, die Umwelt und erst noch günstiger für die Stadt.

**Roger Tognella (FDP):** Die FDP findet, der Vorstoss gehöre versenkt, weil er schlichtweg nicht durchdacht ist. Ich persönlich bin selbst Besitzer einer Junior-Karte. Da sich ältere Jugendliche schon in der Lehrzeit und Studienzeit befinden, braucht es diesen Vorstoss deshalb nicht.

**Urs Fehr (SVP):** *Wir sind dezidiert der Meinung, dass wir uns das gar nicht leisten können. Der Stadtrat sagte richtigerweise, dass es der Stadt im Moment zwar nicht schlecht gehe, aber auch wieder andere Zeiten kommen werden. Dann müsste man den Menschen diese Vorteile wieder wegnehmen. Ausserdem profitieren mit dem Giesskannenprinzip auch Menschen, die es gar nicht nötig haben. Der Vorstoss ist aus unserer Sicht überhaupt nicht durchdacht. Wer etwas von Finanzpolitik versteht, darf einen solchen Vorstoss nicht unterstützen.*

**Stefan Urech (SVP):** *Florian Utz (SP) sollte als langjähriges RPK-Mitglied eigentlich wissen, dass der städtische Überschuss hauptsächlich auf Sondereinnahmen wie der aussergewöhnlich hohen Grundstückgewinnsteuer und der steigenden Flughafenaktie basiert. Wenn man diese Sondereinnahmen aber ausblendet, geht es der Stadt nicht mehr wunderbar und dies obwohl wir hohe Steuereinnahmen von juristischen und privaten Personen haben. Das liegt an dem viel zu grossen Verwaltungsapparat und den vielen Programmen, wie dieses hier vorgestellte. Ich hoffe, dass dieses Beispiel von linker Selbstregulierungspolitik in den nächsten vier Jahren öfters vorkommt.*

**Florian Utz (SP)** ist mit der Textänderung einverstanden: *Die Entscheidung der Vergünstigung für alle Personen, und nicht nur für Familien mit Ergänzungsleistungen, fiel bewusst so aus. Wir möchten nämlich auch die Menschen unterstützen, die am Ende gerade ein bisschen zu viel verdienen, um Ergänzungsleistungen zu beziehen. Auch diese Personen sind teilweise knapp bei Kasse und auch diese Personen möchten wir entlasten. Die FDP warf uns in der Budgetdebatte Klientelpolitik für den Mittelstand vor – dieser Vorwurf ist immer noch richtig. Die SP steht für den Mittelstand ein. Derek Richter (SVP) meinte, die Vergünstigung könnte Begehrlichkeiten bei Winterthurer Jugendlichen wecken – wir wollen eine Stadt sein, der man es gleich machen möchte. Wir stehen dafür, dass andere neidisch auf Zürich sind. Walter Angst (AL) sagte, es sei einfach, nicht umsetzbare Vorstösse einzureichen. Der Vorstoss wird aber wegen der fehlenden AL-Stimmen nicht angenommen werden. Ich bin gespannt auf Ihre Vorschläge, wie man die Bevölkerung entlasten kann. Ich versichere Ihnen, wir werden dann konstruktiv mit Ihnen zusammenarbeiten und gute Vorschläge unterstützen. Die Grünen haben heute einen solchen Vorschlag gemacht und wir werden die Textänderung deshalb annehmen.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Zone-110-Jahresabos des ZVV für Stadtzürcher Jugendliche (bis 16 Jahre) für Fr. ~~200.-~~ 50.- angeboten werden können.

Das geänderte Postulat wird mit 50 gegen 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat